

CDU NRW setzt sich für mehr Wehrgerechtigkeit ein

Frieden in Freiheit erfordert Sicherheits- und Wertegemeinschaft

Im westfälischen Unna besuchte der Landesvorstand der CDU NRW am 27. Mai die 7. Panzerdivision. Teile dieses Großverbandes sind landesweit stationiert. An diesem Tag führten Landesvorsitzender Norbert Blüm und Mitglieder des Landesvorstandes das Gespräch mit Generälen und Gefreiten. Während der anschließenden Landesvorstandssitzung wurde eine Erklärung vorgelegt, die nicht nur ein klares Votum für das Atlantische Bündnis als unabdingbaren Schutzwall vor Krieg und politischer Erpreßbarkeit beinhaltet, sondern darüber hinaus für Wehrdienstleistende und Berufssoldaten, Reservisten und Zeitsoldaten deutliche Entlastungen fordert. In dieser Erklärung heißt es im einzelnen:

Das Atlantische Bündnis sichert Frieden und Freiheit. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich mit dem westlichen Bündnis nicht nur für eine Sicherheitsgemeinschaft zum Schutz vor Krieg und politischer Erpreßbarkeit, sondern auch für eine politische Wertegemeinschaft entschieden, die auf den Prinzipien der Demokratie und Menschenrechte, der Herrschaft des Rechts und der sozialen Gerechtigkeit basiert. Die **freiheitliche Demokratie** ist nach wie vor von totalitären Systemen **bedroht**.

Durch Fortschritte bei der Zusammenarbeit, der Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung zwischen West und Ost kann die politische Stabilität und Sicherheit in Europa erhöht werden.

Die Bundesrepublik Deutschland leistet innerhalb des NATO-Bündnisses einen entscheidenden Beitrag zur Erhaltung der gemeinsamen Sicherheit des Westens: Sie stellt mit die stärksten und modernsten konventionellen Streitkräfte des freien Europa. Die Bundesrepublik Deutschland wird ihre Bündnispflichten durch eine entsprechende personelle wie materielle Ausstattung der Bundeswehr für

den Krisen- und Verteidigungsfall auch weiterhin erfüllen.

Die Bundeswehr soll Wehrpflichtarmee bleiben. Für die Grundwehrdienstleistenden fordert die CDU Nordrhein-Westfalen:

- eine **kontinuierliche** Anpassung des **Wehrsoldes** an die allgemeine Einkommensentwicklung,
- die Einführung des **Zählkindergeldes**, um die finanzielle Belastung der Familien zu mindern,
- eine großzügigere Gestaltung der Kostenübernahme für **Familienheimfahrten**.

Durch verringerte Jahrgangsstärken der Wehrpflichtigen bedingt, wird sich die Bundeswehr in den 90er Jahren einer tiefgreifenden Organisations- und Gliederungsreform unterziehen müssen. Dabei müssen die Reservisten erheblich stärker herangezogen werden als in der Vergangenheit. Die CDU Nordrhein-Westfalen fordert:

- mehr Wehrübungsgerechtigkeit,
- ein frühzeitiges Bekanntgeben des Wehrübungstermins, damit der Reservist,

seine Familie und der Arbeitgeber sich auf die Abwesenheit einstellen können,

■ Vorsorge dafür zu treffen, daß die Wehrübungen heimatnah abgeleistet werden können. Gerade viele Reservisten aus Nordrhein-Westfalen müßten sonst in weit entlegenen norddeutschen Bundeswehrstandorten Dienst tun.

Die CDU wird die hohe Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr auch in Zukunft sichern. Dazu ist es auch notwendig, den Beruf der längerdienenden Soldaten attraktiv zu halten. Die CDU Nordrhein-Westfalen fordert:

- die Soldaten dürfen nicht von der Einkommensentwicklung des öffentlichen Dienstes abgekoppelt werden,
- mehr und flexiblere Hilfen für längerdienende Soldaten bei Umzug und Trennung von der Familie,
- mehr planbare Dienst- und Freizeit,

■ eine Verbesserung der beruflichen Qualifikationen und Erleichterung des Wiedereinstieges in das Zivilleben.

Wehrdienst ist Friedensdienst. Der Lohn für Verteidigungsbereitschaft und die Ableistung der Wehrpflicht ist die Garantie, in einem freien Staat und in einer freien Gesellschaft leben zu können. Dies zu vermitteln ist Aufgabe der gesellschaftlichen Kräfte, insbesondere auch der Schulen, der Kirche und der Gewerkschaften. Deshalb muß der Wille zur Verteidigung erhalten bleiben. Die CDU Nordrhein-Westfalen fordert die Wirtschaft und die Gewerkschaften dazu auf, das in ihren Kräften Stehende zu tun, um die personellen Erfordernisse der Bundeswehr zu sichern. Der Auftrag der Bundeswehr zur Verteidigung und Sicherung von Frieden in Freiheit muß im Bewußtsein der Bürger lebendig gehalten und gestärkt werden.

Gerhard Ripkens verstorben

Tief bewegt geben wir davon Kenntnis, daß unerwartet

HERR GERHARD RIPKENS

Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen

Mitglied des Hauptausschusses der Kommunalpolitischen Vereinigung

der CDU des Landes Nordrhein-Westfalen

Träger des Bundesverdienstkreuzes

im Alter von 59 Jahren verstorben ist.

Mit der KPV Nordrhein-Westfalen war Gerhard Ripkens über zwei Jahrzehnte eng verbunden. Seit Februar 1965 arbeitete er als Mitglied im Fachausschuß der KPV/NW „Finanzen“ aktiv mit. Die Delegiertenversammlung wählte ihn im Dezember 1973 in den Hauptausschuß der KPV/NW. Beiden Gremien gehörte er bis zu seinem plötzlichen Tode an.

Neben seiner langjährigen Tätigkeit als Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Kamp-Lintfort und als Mitglied des Kreistages Wesel engagierte er sich auch in der Kommunalpolitischen Kreisvereinigung dieses Kreises. Seine großen Erfahrungen aus diesen Funktionen wie auch aus seinem Mandat als Mitglied der CDU-Landtagsfraktion NW brachte er in die Arbeit unserer Vereinigung ein. Sein hervorragendes Sachwissen war stets gefragt.

Mit Gerhard Ripkens verliert die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU des Landes Nordrhein-Westfalen einen Freund und Ratgeber.

Ruhrgebietskonferenz ein großer Erfolg!

Schluß mit dem Schwarzen-Peter-Spiel der SPD

Die SPD-Regierung in Düsseldorf setzt ihre Taktik fort, bei allen Problemen Nordrhein-Westfalens die Schuld nach Bonn zu verweisen. Dabei übersieht sie geflissentlich, daß sowohl die Regierungskoalition in Bonn als auch die nordrhein-westfälische CDU nichts unversucht lassen, namentlich dem Ruhrgebiet zu helfen. In einem Schreiben an die Mitglieder der Landespressekonferenz deckt Dr. Helmut Linsen, Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, die Doppelzüngigkeit der SPD-Landesregierung auf:

„Die Ruhrgebietskonferenz vom 24. Februar 1988, die auf Initiative der nordrhein-westfälischen CDU zustande kam, war für unser Land ein großer Erfolg. Eine Vielzahl konkreter Projekte, Maßnahmen und Hilfen wurde vereinbart. In Bonn läuft ihre Umsetzung auf Hochtouren, wie Sie einer Presseerklärung vom 31. Mai 1988 entnehmen können, die über ein Gespräch zwischen dem Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble, und dem Chef der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei, Staatssekretär Dr. Klaus-Dieter Leister, informiert.

Danach unterstrichen beide Seiten, daß Bundes- und Landesregierung auch weiterhin alles in ihren Kräften Stehende tun, um die Ergebnisse der Ruhrgebietskonferenz zügig umzusetzen.

Dies steht in augenfälligem und krassem Widerspruch zu Behauptungen der nord-

rhein-westfälischen Landesregierung vom 30. Mai, denen zufolge der Bundesregierung vorgeworfen wurde, daß ihr Engagement zugunsten Nordrhein-Westfalens erlahme und z. B. die zugesagten zusätzlichen Investitionen bei Bundesbahn und Bundespost noch nicht überwiesen seien.

Noch am 30. Mai behauptete Wirtschaftsminister Jochimsen: „Die beim Bundeskanzler vereinbarten Projekte kommen nicht voran, weil die Bundesregierung sie nicht entschieden genug vorantreibt.“ Einen Tag später gibt Herr Leister in Bonn zu Protokoll, daß Bonn hilft, und zwar zügig.

Nun mag es für diese Landesregierung Gründe geben, ihr Schwarze-Peter-Spiel fortzusetzen, nachdem Bonn an allen Problemen Nordrhein-Westfalens schuld sei, aber die intellektuelle Redlichkeit und der Respekt vor dem Erinnerungsvermögen einer breiten Öffentlichkeit sollte sie doch davor bewahren, binnen 24 Stunden derartige Salti zu schlagen.

Aber offensichtlich ist sich diese Landesregierung auch für solch erbärmliches Verhalten nicht zu schade.“

Gründungsversammlung der Senioren-Union NRW

Nach der Gründung auf Bundesebene will die CDU Nordrhein-Westfalen der älteren Generation in unserem Lande in einer eigenen Vereinigung ein Forum bieten, ihre politischen Interessen wirksam zu vertreten, ihr Wissen und ihre Lebenserfahrung

Termine

12. 6.—15. 6. 1988	Bundesparteitag	Wiesbaden
16. 6. 1988 14.00 Uhr	LFA Jugend und Familie	Düsseldorf
17. 6.—19. 6. 1988	Umwelttage Wahner Heide	Köln-Porz
21. 6. 1988 17.00 Uhr	LFA Wissenschaft	Düsseldorf
22. 6. 1988 17.00 Uhr	LFA Entwicklungspolitik	
22. 6. 1988 18.00 Uhr	Unternehmergespräch mit Bundesminister Dr. Norbert Blüm	Krefeld
22. 6. 1988 19.00 Uhr	Europäischer Binnenmarkt für Wirtschaft, Handel, Handwerk	Wiehl
23. 6. 1988	KPV-NW — 2. Ruhr-Tour	Essen
24. 6. 1988 15.00 Uhr	LFA Sicherheitspolitik	
27. 6. 1988 17.00 Uhr	LFA Außen-/Deutschlandpolitik	Düsseldorf
1. 7. 1988 15.00 Uhr	Landesvorstand	Paderborn
2. 7. 1988 9.00 Uhr	JU Fachtagung „Glasnost“	Leverkusen
2. 7. 1988 10.00 Uhr	EAK-Landestagung	Wuppertal
12. 7. 1988 19.00 Uhr	Unternehmergespräch mit Christa Thoben, MdL	Viersen
27. 8. 1988	Start: Aktionswoche Schule	
30. 8. 1988 17.00 Uhr	LFA Wissenschaft und Forschung	Düsseldorf
12. 11. 1988	5. Landesparteitag „Gemeinsam unser Land erneuern“	Aachen

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

für eine humane Gestaltung der Zukunft zu nutzen, die besonderen Anliegen der älteren Generation in der Politik der CDU zu wahren und das Gedankengut der CDU in ihren Wirkungskreisen zu vertreten.

Die Gründungsversammlung der Landes-Senioren-Union findet statt am 23. Juni 1988, Rheinterrasse, Hofgartenufer 7, Düsseldorf. Beginn: 11.00 Uhr.

Tagesordnung:

- Eröffnung durch Alo Hauser, Seniorenbeauftragter der CDU/NRW
- Referat Dr. Helmut Linssen, MdL, Generalsekretär der CDU/NRW

- Aussprache
 - Kurzbericht Alo Hauser, Landes-Senioren-Beauftragter
 - Aussprache
 - Beratung und Beschlußfassung über die Satzung der Landes-Senioren-Union
- anschließend Wahlen:
- a) Landesvorstand
 - b) 6 Delegierte für den Landesparteitag der CDU/NRW
- Rede des CDU-Landesvorsitzenden Dr. Norbert Blüm, MdB
 - 17 Uhr Schlußwort des Landesvorsitzenden der Senioren-Union